

## INHALT

1. Hafenpolitische Sprechertagung in Kiel
2. Hamerich kritisiert neue Tourismusstrategie der Landesregierung
3. Norddeutsche CDU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz tagt in Glückstadt
4. Kabinettsbeschluss zur Reform des Kommunalen Finanzausgleichs
5. Zahl der Unternehmensansiedlungen in Schleswig-Holstein geht zurück
6. Neuer Versammlungsgesetzentwurf von SPD, GRÜNEN und SSW
7. CDU-Fraktion fordert Konsequenzen aus dem „Fall Edathy“

07.03.2014

### Hafenpolitische Sprechertagung in Kiel

#### **CDU-Fraktionen der norddeutschen Bundesländer greifen Vorschlag von Kiels Oberbürgermeisterkandidat Stefan Kruber auf**

An diesem Freitag tagten in Kiel die hafenpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen. Sie forderten unter anderem leistungsfähigere Hinterlandanbindungen für die norddeutschen Häfen. Darüber hinaus soll die Landstromversorgung von Schiffen in Häfen vorangetrieben werden.

Mit der Landstromversorgung griff die CDU-Fraktion eine Idee des Kieler Oberbürgermeisterkandidaten Stefan Kruber auf. Er will so die Lärm und Abgasbelastungen im Kieler Hafen reduzieren. Dazu müsste der derzeitige ermäßigte Steuersatz zur landseitigen Elektrizitätsversorgung von Schiffen in Häfen über das Jahr 2014 hinaus fortgeführt werden. Darüber hinaus sollen europäische Infrastrukturprogramme dort vorangetrieben werden, wo es sinnvoll ist.

„Wir unterstützen in Zusammenarbeit mit unserem CDU-Landesvorsitzenden und Europaabgeordneten Reimer Böge Krubers Vorschlag, dazu noch einen Änderungsantrag für das Europawahlprogramm der CDU zu stellen“, so der Gastgeber und hafenpolitische Sprecher der schleswig-holsteinischen CDU-Fraktion, Volker Dornquast.

Die Hafenpolitiker wiesen darauf hin, dass fast 95 Prozent des interkontinentalen Warenaustauschs, 90 Prozent des europäischen Außenhandels und nahezu 70 Prozent des deutschen Im- und Exports heute über den Seeweg abgewickelt werden. Die Häfen seien das wirtschaftliche Rückgrat der exportorientierten deutschen Wirtschaft.

„Und durch die schlechte Infrastruktur im Hinterland bekommt dieses Rückgrat unserer Wirtschaft zunehmend einen Bandscheibenvorfall“, sagte Dornquast.

Deshalb sei das Bekenntnis der CDU-geführten Bundesregierung, die Seehafenhinterlandanbindungen in ein „nationales Prioritätenkonzept“ für die Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans 2015 – 2030 zu integrieren, zu begrüßen.

„Ein Konzept allein baut allerdings keine Straßen. Dazu braucht es auch die entschlossene Planfeststellung in den zuständigen Bundesländern. Und seit die Grünen im Norden wieder regieren, schmeißen sie wo sie können Sand ins Getriebe“, erklärte der CDU-Abgeordnete.

Als Beispiele nannten die Hafenpolitiker in einer gemeinsamen Resolution die ideologisch motivierte Ablehnung der A20. Darüber hinaus werde die Möglichkeit der Zusammenarbeit öffentlicher und privater Geldgeber in so genannten Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) zur Umsetzung der A20 sowie der A7 zwischen Salzgitter und dem Dreieck Drammetal blockiert.

„Die Kritik von SPD und Grünen an diesen Finanzierungsmodellen ist nur vorgeschoben, um den Bau der wichtigen Verkehrswege weiter hinaus zu zögern. Wir brauchen diese Möglichkeit, wenn dadurch Kosten gespart und Projekte schneller umgesetzt werden können“, forderte Dornquast.

Link zur Resolution:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/14-03-07-resolutionhpst.pdf>

---

### **Hamerich kritisiert neue Tourismusstrategie der Landesregierung CDU-Fraktion für gemeinsamen Messestand der Tourismusorganisationen von Hamburg und Schleswig-Holstein**

In dieser Woche findet die Internationale Tourismusmesse in Berlin statt. Auch die Wirtschaftspolitiker der CDU-Fraktion mit Fraktionschef Johannes Callsen an der Spitze machten sich ein Bild von der Präsentation Schleswig-Holsteins und seiner Nachbarn.

Dabei griffen die Abgeordneten am Stand Hamburgs einen Wunsch der dortigen Tourismusorganisation auf. Um den Norden gemeinsam nach vorne zu bringen, sprachen sich die Hamburger für einen gemeinsamen Stand aus.

„Ich finde die Idee gut. Sie stellt die Gemeinsamkeiten im Norden in den Vordergrund. Leider geht die Landesregierung mit ihrer Dachmarkenkampagne „der echten Norden“ genau den anderen Weg“, so Callsen.

Diese Kampagne wird im übrigen deutlich teurer werden, als durch die Landesregierung bisher offiziell veranschlagt. Das geht aus einer Kleinen Anfrage Callsens hervor. Danach sind alle Behörden und Dienststellen der Landesverwaltung und Gesellschaften mit mehrheitlicher Landesbeteiligung zur Umsetzung verpflichtet. Sie müssen die Kosten dafür im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in der jeweiligen Ressortverantwortlichkeit tragen.

Am Montag hatte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer die neue Tourismusstrategie 2025 vorgestellt. Mit fünf statt bisher drei Zielgruppen soll bis dahin eine Steigerung der Übernachtungszahlen auf 30 Millionen (bislang 24,5) und des Umsatzes um 30 Prozent erreicht werden. Bei der Gästezufriedenheit will Meyer auf Platz drei kommen.

Der tourismuspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hartmut Hamerich, nannte das Konzept enttäuschend.

„Meyer hat die von Roland Berger vorgelegte Strategie nur um wenige Punkte ergänzt, die darüber hinaus seit Jahren bekannt sind. Und dafür hat er zwei Jahre gebraucht?“, fragte Hamerich.

Die Zielsetzung sei darüber hinaus äußerst bescheiden: „In zehn Jahren fällt Einiges an Preissteigerungen an. Wenn man das heraus rechnet, dann geht der Minister von einer sinkenden Wertschöpfung pro Tourist aus“, so Hamerich.

Er kritisierte darüber hinaus, dass das erfolgreiche Tourismusmarketing an Nord- und Ostsee durch die Dachmarke Der echte Norden „verhunzt“ werden solle.

„Klar ist, dass die Einführung der Dachmarke mit dieser Strategie scheitern wird. Das ist gut, weil die Dachmarke schlecht ist! Allerdings hätte ich von Meyer eigentlich erwartet, dass er sie zum Erfolg führen möchte“, so Hamerich.

Bemerkenswert sei, dass der Wirtschaftsminister abweichend vom Koalitionsvertrag nun auch im Bereich des Tourismus an der einzelbetrieblichen Förderung festhalte.

„Damit dreht er dem Grünen Koalitionspartner wieder eine Nase“, so der CDU-Abgeordnete.

Kleine Anfrage „Der echte Norden“:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1500/drucksache-18-1576.pdf>



CDU-Delegation auf der Internationalen Tourismusmesse in Berlin

---

### **Norddeutsche CDU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz tagt in Glückstadt Fraktionschefs beraten über gemeinsame Positionen**

Am Montag, 10. März, kommen in Glückstadt die fünf norddeutschen Fraktionsvorsitzenden aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein zu einer turnusmäßigen Konferenz zusammen. Der schleswig-holsteinische Fraktionschef Johannes Callsen hatte seine Länderkollegen in die Elbstadt eingeladen, um mit ihnen über gemeinsame Positionen der Nordländer zu beraten. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Themen Energiewende, Infrastruktur und Länder-Finanzausgleich.

---

## **Kabinettsbeschluss zur Reform des Kommunalen Finanzausgleichs** **Regierung verfehlt Ziel der Reform gänzlich**

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Petra Nicolaisen, hat den in dieser Woche veröffentlichten Kabinettsbeschluss zur Reform des Kommunalen Finanzausgleichs erneut kritisiert:

„Ziel des Gesetzes soll angeblich sein, den Kommunen mit zusätzlichen Aufgaben mehr Geld zu geben. Wenn das nur bei den Kreisfreien Städten gelingt, dann stimmt mit den Berechnungsgrundlagen etwas nicht“, erklärte Nicolaisen in Kiel.

Schon bei den Städten stelle sich die Frage der Verteilung: Von über 43 Millionen Euro entfielen knapp 23 Millionen Euro auf die vier Kreisfreien Städte. Mehr als 60 weitere Städte sollten sich etwa 20 Millionen Euro teilen.

Noch deutlicher werde die Diskrepanz zwischen Aufgaben und zugewiesenen Mitteln bei den 37 Zentralorten, die für umliegende Gemeinden Aufgaben mit übernehmen.

„Über 80 Prozent der ländlichen Zentralorte sollen Verlierer der Breitnerreform sein. Wie passt das mit der Argumentation zusammen, dass das Geld den Aufgaben folgen soll?“, fragte Nicolaisen.

Diese Zentralorte müssten sich mit den Gemeinden, die ebenfalls nicht dem Städteverband angehören, knapp zehn Millionen Euro zusätzliche Mittel teilen. „Das passt alles nicht mit den Aufgaben zusammen“, so Nicolaisen.

Es müsse der Landesregierung und den diese tragenden Fraktionen zu denken geben, wenn ausschließlich sie selbst sich für ein transparentes Verfahren auf die Schulter klopfen. „50 Informationsveranstaltungen machen noch keine transparente Reform. Es kommt auf die Nachvollziehbarkeit der Berechnungen an. Und die ist nicht gegeben“, so Nicolaisen.

Die CDU-Abgeordnete wies noch einmal darauf hin, dass die Landesregierung Gelder für die Grundsicherung, die den Kreisen ungekürzt weiter gegeben werden müssten, im Rahmen der Reform gegen rechnet.

„Diese Landesregierung ist ein unzuverlässiger Vertragspartner. Das wird nicht nur die Bundesebene bei künftigen Verhandlungen berücksichtigen“, so Nicolaisen.

---

## **Zahl der Unternehmensansiedlungen in Schleswig-Holstein geht zurück** **Landesregierung darf sich nicht mehr hinter Ausreden verstecken**

Im Jahr 2013 haben sich in Schleswig-Holstein weniger Unternehmen angesiedelt, als noch in den Jahren zuvor. Dieses Ergebnis veröffentlichte Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Reinhard Meyer am Mittwoch dieser Woche bei der Vorstellung der Ansiedlungsbilanz der Wirtschaftsförderung.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hartmut Hamerich, hat den Rückgang der Unternehmensansiedlungen als Folge der wirtschaftsfeindlichen Politik von SPD, Grünen und SSW bezeichnet: „Angesichts der wirtschaftsfeindlichen Gesetzgebung von SPD, Grünen und SSW kann diese Entwicklung niemanden überraschen“, erklärte Hamerich.

Mit Blick auf die Regelungen des Vergabe-, Mindestlohn und Mitbestimmungsgesetzes sowie der Bäderregelung und des Versagens der Landesregierung in der Infrastrukturpolitik, sei dieses Ergebnis keine Überraschung.

Er forderte die Landesregierung auf, gerade im Hinblick auf die Infrastrukturprojekte endlich die dringend notwendigen Planungskapazitäten zu schaffen.

„Mittlerweile ist klar, dass der Bund die notwendigen Gelder zur Verfügung stellt. Was fehlt, ist einzig und allein das Baurecht. Dafür ist das Land zuständig. Die Unternehmer merken, dass die ständigen Schuldzuweisungen nach Berlin durch Ministerpräsident Albig und Wirtschaftsminister Meyer reine Ausreden sind“, so Hamerich.

Auch der steigende bürokratische Aufwand für die Unternehmen in Schleswig-Holstein entwickle sich zunehmend zum Wettbewerbsnachteil. „Diese Landesregierung treibt die Kosten für die Unternehmen derart in die Höhe, dass sie Schleswig-Holstein den Rücken kehren“, so Hamerich.



Hartmut Hamerich, Mdl

---

### **Neuer Versammlungsgesetzentwurf von SPD, GRÜNE und SSW Regierungsfractionen wollen weniger Handhabe für die Polizei**

Auf einer Pressekonferenz haben die Regierungsfractionen am Donnerstag ihren Entwurf für ein neues Landesversammlungsgesetz vorgestellt. Damit soll das bisher geltende Bundesrecht ersetzt werden. Die Innenexpertin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen, kritisierte den Vorstoß von SPD, GRÜNE und SSW, da er die Sicherheit von Demonstranten gefährde. Nach den Koalitionsplänen sollen unter anderem Polizei-Kontrollstellen auf den Zugangswegen zu Kundgebungsorten künftig nicht mehr erlaubt sein. Auch einen Versammlungsleiter muss es – wenn der Entwurf so in Kraft tritt – nicht mehr geben.

„Die Sicherheit von Demonstranten kommt im Änderungsantrag von SPD, GRÜNE und SSW zu kurz. Die Versammlungsfreiheit ist nur zu gewährleisten, wenn auch für die Sicherheit der versammelten Personen gesorgt ist. Polizeiliche Kontrollstellen vor Demonstrations- und Kundgebungsorten machen in der Praxis Sinn und sollten sich darum auch im neuen Gesetz wieder finden“, unterstrich Nicolaisen. Ebenso sei es – sowohl für einen reibungslosen Ablauf als auch für die Sicherheit – wichtig, dass es einen Ansprechpartner für die Behörden vor Ort gebe, um erforderliche Rückkopplungen vornehmen zu können.

Eine Absage erteilte Nicolaisen auch dem Vorhaben der Regierungsfractionen, eine Reihe von Straftatbeständen in dem Gesetz in bloße Ordnungswidrigkeiten umzuwandeln. „Das ist genau der falsche Weg. Es kann nicht sein, dass ein vermummter Demonstrant nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann, obwohl gerade die Vermummung ein erhebliches Gefahrenpotential in sich birgt. Der gleiche vermummte Demonstrant soll aber das Recht haben, die Identität jedes Polizisten auf der Versammlung anhand der Kennzeichnungspflicht aufzudecken“, kritisierte Nicolaisen.

Der Entwurf der Regierungsfractionen soll nun im parlamentarischen Verfahren beraten werden; er fußt auf einem Gesetzentwurf der FDP, den die Liberalen im Jahr 2012 in den Landtag eingebracht hatten.

---

### **CDU-Fraktion fordert Konsequenzen aus dem „Fall Edathy“ CDU stellt Antrag auf Änderung des Strafrechts bei Kinderpornografie**



Petra Nicolaisen, MdB

Der „Fall Edathy“ hat in den vergangenen Wochen Lücken im Strafrecht im Bereich der Kinderpornografie aufgedeckt. Insbesondere die Straffreiheit bei dem Verkauf und der Verbreitung sogenannter „Posing-Bilder“ hatte bei Vielen für Unverständnis gesorgt.

Die CDU-Landtagsfraktion hat in dieser Woche einen Antrag für die kommende Landtagssitzung gestellt. Ziel ist es, über eine Bundesratsinitiative die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf Schutz zu stärken.

„Der Fall Edathy hat gezeigt, dass die bestehenden strafrechtlichen Regelungen nicht ausreichen. Es bestehen zu viele Grauzonen und Lücken, die einem wirksamen Schutz entgegenstehen. Diese müssten umgehend geschlossen werden“, begründete die innenpolitische Sprecherin Petra Nicolaisen den Antrag.

Vor allem bei Fotos, die keine explizite sexuelle Handlung zeigen, sei eine juristische Bewertung schwierig. Es müsse daher eine intensive, fachliche Diskussion darüber geführt werden, wie das Strafrecht angemessen reagieren kann.

„Mit solchen Fotos darf kein Geld verdient werden. Wir müssen die Würde von Kindern und Jugendlichen besser schützen“, forderte die CDU-Sozialpolitikerin Katja Rathje-Hoffmann.

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)